

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

In Vertheilung durch alle Postämter, des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 6) und Dresden (bei G. Höpner, Neustadt, Nr. 5) der Brücke, Nr. 5).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Mgr.

Die Zeitung wird täglich zwei mal ausgegeben in Leipzig am Donnerstage 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Donnerstage 6 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Mgr.

Schleswig-Holstein.

Aus Holstein, 4. Febr. Die neue Regierung mit ihren Departementschefs arbeitet seit dem 2. Febr. Abends unausgesetzt mit den alten Departementschefs und den Bureauvorstehern, um eine vollständige Einsicht in den Verwaltungsgang sich zu verschaffen. Von ihrer Wirksamkeit hat man außerhalb der Regierung selbst noch nichts vernommen und werden auch vorberhand keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen werden. Dagegen steht jetzt die Regelung der militärischen Verhältnisse in naher Aussicht; zuverlässig verlautet noch nichts, weder wer das Departement noch wer das Obercommando führen soll. Man scheint darüber selbst unter den Commissaren noch zu keinem bestimmten Resultat gelangt zu sein; ebenso liegt die Frage über die Besetzung des Kronenwerks durch dänische oder durch deutsche Truppen noch in der endgültigen Unterhandlung zu Berlin, obgleich man schon nahe daran gewesen ist, sie den Dänen zu überlassen. Vielleicht ermannt man sich dort noch zuletzt.

Viele Besorgnisse sind in Betreff der Anerkennung der schleswig-holsteinischen Cassenanweisungen durch die die neue provisorische Regierung rege geworden. Dieselben sind zwar de facto anerkannt worden, allein bei der der neuen Regierung beigelegten weitgreifenden Befugniß, alle Geseze, die nach dem März 1848 erlassen, aufheben zu können, liegt auch dieses Gesez unzweifelhaft darin einbegriffen. Nun aber wird die Nothwendigkeit der Selbsterhaltung die Regierung schon zwingen, wenn nicht Rücksichten auf das Landeswohl es schon gebieten, die Cassenanweisungen für gültig anzuerkennen und an allen Cassen in Zahlung zu nehmen. Der Finanzminister Franke stellte der neuen Regierung folgende Abrechnung: Einnahme für das Jahr 1850 22,607,777 M., Ausgabe für das Jahr 1850 19,019,458 M., bleibt Cassenbestand am 1. Jan. 1851 3,588,319 M. Bei den großen Ausgaben im Januar gegen die verhältnißmäßig nur geringen Einnahmen schloß der Cassenbestand am 28. Jan., bis zu welchem Tage die Bilanz abgeschlossen wurde, mit der Summe von nur 749,407 M. ab, und diese Summe befand sich fast ausschließlich in schleswig-holsteinischen Cassenanweisungen vor. Somit mußte die Regierung, wollte sie nicht selbst ohne alle Zahlungsmittel dastehen, dieselben nothgedrungen anerkennen, entgegengegegenseitigfalls würden auch wahrlich keine neuen Steuern der Regierung gezahlt worden sein. Dieser, auch für alle andern deutschen Staaten wichtige Punkt ist somit als geordnet zu betrachten und die genannten Cassenanweisungen sind dadurch zu jeder Zeit vollgültig im Werthe.

Die Besetzung Rendsburgs durch die Oesterreicher wird erst am 7. oder 8. Febr. oder noch später erfolgen und wird dieselbe aus zwei Bataillonen Oesterreicher und zwei Bataillonen Preußen mit entsprechender Artillerie bestehen.

Die Unterhandlungen über die definitive Gestaltung unserer Frage dürften sich noch längere Zeit hinauszuziehen. Dies wird aber wol von vielen Seiten und besonders von Dänemark gewünscht, weil die provisorischen Zustände der beiden Herzogthümer, wonach Holstein gänzlich von Schleswig getrennt und unter ganz verschiedenen Regierungen steht, den Plänen Dänemarks ganz angemessen ist, und durch ein längeres provisorisches Bestehen sich dieser Status immer mehr befestigt, bis derselbe zu einem Status quo werden könnte. Ausdauer und Zähigkeit, in allen seinen Plänen kann man dem dänischen Cabinet und seinen Diplomaten keinesfalls absprechen, denn der Erfolg krönt diesen Satz leider nur zu nachdrücklich.

Kiel, 4. Febr. Ein Theil unserer Kriegsgefangenen ist freigegeben, namentlich Schleswiger, von denen bereits einzelne hier angelangt sind. Es scheint fast, als wenn man dänischerseits Schwierigkeiten macht, die Holsteiner zu entlassen. Was wird aber aus den Civilgefangenen, die sich in verschiedenen Theilen Dänemarks in Haft befinden? Noch in jüngster Zeit ist von gewaltsamer Fortschleppung schleswigischer Einwohner wiederholt die Rede gewesen. Möge man doch an betreffender Stelle dieser Unglücklichen, die vielleicht nicht das Allgeringste verbrechen haben, jedenfalls mit keinem Schatten von Recht ihrer heimischen Gerichtsbarkeit entzogen und in ein fremdes Land transportirt werden, nicht vergessen! — Wie wir vernehmen, wird die directe Postverbindung mit dem Schleswigschen nächster Tage hergestellt werden. (Hamb. Nachr.)

Deutschland.

Berlin, 4. Febr. Der Erzherzog Leopold von Oesterreich ist von Hamburg hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgesehen.

Man schreibt der Allgemeinen Zeitung aus Berlin: Mit den Nachrichten über die Erneuerung und Ausdehnung der Competenzen der Bundescentralcommission, welche die Executive für den Bund wieder interimistisch in die Hand nehmen soll, wird auch eine Notiz von der Aufstellung eines österreichischen Armeecorps in Baden zu Bundeszwecken bis zur Höhe von 30,000 Mann in Verbindung gebracht. Natürlich erregt diese Notiz einiges Befremden und Zweifel, obwohl sie bereits von österreichischen Blättern, z. B. vom Lloyd, bestätigt wird. In Mecklenburg wird, ebenso wie in den Hansestädten, die österreichische Besatzung, welche nur eine sehr vorübergehende sein soll, sehr ungerne gesehen. In Schwerin hatte bekanntlich die Regierung Schritte gethan um soviel möglich die Durchmärsche abzuleiten. Da Dies nicht gelang, so regen sich jetzt unter der Bevölkerung, den hohen Grundadel nicht ausgenommen, allerhand Beschwerden gegen die Gäste.

Köln, 4. Febr. Als neues Zeugniß für das herrschende System berichtet die Kölnische Zeitung: Bekanntlich bildete sich im vergangenen Jahre in hiesiger Stadt ein Comité, das sich die Sammlung von Beiträgen zur Aufgabe stellte, um das Elend der Vielen, die aus politischen Rücksichten das Vaterland zu verlassen sich genöthigt gesehen hatten, möglichst zu lindern. Von den verschiedensten Seiten gingen damals, namentlich auch durch die Vermittelung von Nebenvereinen, nicht unbedeutende Beiträge ein, die stets in den öffentlichen Blättern angezeigt wurden. Während wol keiner der Beitragenden geklagt hat, etwas Ungefährliches zu begehen, indem er sein Scherlein beitrug, sind in diesen Tagen vier Personen aus dem benachbarten Bensberg auf den 19. Febr. vor das hiesige Zuchtpolizeigericht geladen worden, eine unter der Beschuldigung: „ohne die erforderliche Erlaubniß der königlichen Regierung bei einzelnen Personen Beiträge für die politischen Flüchtlinge gesammelt und dabei ein Verzeichniß der Beitragenden mißgefährt haben“, die drei übrigen (darunter ein Beamter), „Jeder einen Thaler beigetragen und sich dafür in dem Verzeichnisse eingetragen zu haben“.

München, 3. Febr. Die Hälfte der Abgeordneten mag es ungefähr gewesen sein, die sich heute im Ständehause anmeldete; bis morgen wird die nöthige Zweidrittelmehrheit sicherlich anwesend sein, um mit den Wahlen des Bureau zu beginnen und sich zu constituiren. Doch dürfte kaum vor den letzten Tagen der Woche die feierliche Eröffnung durch den König stattfinden, da die Differenzen, welche im Schooße des Ministeriums und zwischen diesem und dem Könige ausgebrochen sind, noch keine völlige Ausgleichung gefunden haben. Ein Schreiben des Erzbischofs von München-Freyding, Grafen v. Kelsch, an das Ministerium, worin er die sofortige Bormahme der Revision des Religionsedicts gemäß der Denkschrift der bairischen Bischöfe fordert, ja, wie man sagt, gebieterisch erheischt, war die nächste Veranlassung zur gegenwärtigen Krisis. Das Ministerium, das bisher seine Stütze im Ultramontanismus gefunden hatte, zeigte sich zur Nachgiebigkeit bereitwillig, obschon einzelne Minister die bischöflichen Forderungen energisch bekämpften und mit ihrem Austritte drohten. Ganz entschieden sprach sich aber der König selbst gegen die Forderungen aus, und die Sendung des von den Ultramontanen hartnäckig bekämpften Legationstaths Döniges mag als Antwort des Königs auf die kirchliche Anmaßung und ministerielle Gefügigkeit angesehen werden. Hr. v. d. Pfordten wollte anfänglich diese dresdener Revision nicht unterzeichnen, gab aber nach, weil er für das in Dresden Verlorengelohnte reichliche Entschädigung in der Entfernung des königlichen Rathgebers von der Person des Fürsten zu finden glaubte. Allerdings soll nun auch seit gestern wieder eine Annäherung stattgefunden haben, und die Minister wieder bis zur Abrede debarriere gestrichelt sein. Bei dieser hängt das Schicksal des Ministeriums von der Haltung des Centrums unter Graf Hegnenberg-Dur und Lessenfeld ab, das bis zu diesem Augenblicke noch schwankt und vielleicht aus Furcht vor einem rein ultramontanen Ministerium Hr. v. d. Pfordten nach wie vor seine Unterstützung nicht versagen wird; doch wird diese Unterstützung sich keinesfalls bis auf die Gutheilung der bischöflichen Forderungen erstrecken. Nicht nur weil der König jüngst bei einer Solrée zum päpstlichen Nuntius geäußert hat, er werde der Kirche auch nicht ein Litzchen seiner Souveränitätsrechte zum Opfer bringen, sondern auch weil das Ministerium ohne des rechten Centrums Beistand nicht zu regieren im Stande ist, muß es seine bisherigen Stützen aufgeben und entweder abtreten oder der bisherigen Opposition Concessionen machen. Denn das Centrum bedarf der einen oder der andern Seite, um die Mehrheit zu bilden; fallen nun die Ultramontanen ab und machen reactionaire Opposition und die Linken werden in ihren billigen